

1. Record Nr.	UNINA9910954969403321
Autore	Westermayer Isabel
Titolo	Die Patentierung gentechnisch veränderter Tiere im Hinblick auf die Schranke der öffentlichen Ordnung und der guten Sitten - eine Analyse unter Berücksichtigung der Rechtslage in Frankreich und Großbritannien
Pubbl/distr/stampa	Berlin, : Logos Verlag, 2013
ISBN	3-8325-9649-6
Edizione	[1st ed.]
Descrizione fisica	Online-Ressource (266 S.)
Disciplina	344.430957
Soggetti	Tiere Patentrecht Rechtsvergleich Öffentliche Ordnung Gute Sitten
Lingua di pubblicazione	Tedesco
Formato	Materiale a stampa
Livello bibliografico	Monografia
Note generali	PublicationDate: 20130206
Nota di contenuto	Intro -- Kapitel 1 Grundlagen -- I Naturwissenschaftliche Grundlagen der Gentechnologie und Begriffsklärung -- 1 Gentechnologie -- 2 DNA -- 3 Gene -- 4 Genom -- 5 Transgen -- II Anwendungsgebiete der Gentechnologie im Bereich der Biologie -- 1 „Rote Gentechnik“: Pharmazie, Medizin -- 2 „Grüne Gentechnik“: Landwirtschaft, Nahrungsmittelindustrie -- 3 „Graue Gentechnik“: Umweltschutz, Industrie -- III Gründe für die Notwendigkeit konkreter Regelungen -- 1 Allgemein kritische Aspekte von Biopatenten -- 2 Bedenken hinsichtlich möglicher Auswirkungen der Patentierung von Lebewesen -- IV Sinn und Zweck des Patentierungsverbots -- 1 Einheit der Rechtsordnung -- 2 Anschein amtlicher Billigung -- 3 Abschreckungswirkung -- IV Zusammenfassung -- Kapitel 2 Die historische Entwicklung des Patentschutzes in Gesetzgebung und Rechtsprechung -- I Die Entwicklung der deutschen Patentgesetzgebung -- 1 Von der Antike bis zur Neuzeit -- 2 Die Vorgeschichte des deutschen Patentgesetzes von 1877 -- 3 Erliegen des Patentwesens im Zweiten Weltkrieg und Wiederherstellung nach

1945 -- 4 Die Zeit von 1980 bis heute -- II Die internationale
 Rechtsentwicklung -- 1 Internationale Konventionen und
 Harmonisierungs-bestrebungen -- 2 Die Auswirkungen der
 Patentrechtsharmonisierung auf biologische Erfindungen -- Kapitel 3
 Die Patentierbarkeit von Tieren in Gesetz und Praxis -- I Patentschutz
 allgemein -- 1 Definition und Zweck -- 2 Unterscheidung
 Erzeugnispatent - Verfahrenspatent -- 3 Das Patenterteilungsverfahren
 -- 4 Abgrenzung zu anderen Schutzarten -- II Gesetzliche
 Patentierungsvoraussetzungen und ihre Erfüllung bei Tieren -- 1
 Rechtsgrundlagen -- 2 Gegenstand des Patents: Erfindung -- 3
 Voraussetzungen für den Patentschutz, 1 Abs. 1 PatG, Art. 52 Abs. 1
 EPÜ -- 4 Zusammenfassung.
 III Die Ausnahme von Tierrassen und im Wesentlichen biologischen
 Tierzüchtungsverfahren von der Patentierbarkeit nach 2a Abs. 1 Nr. 1
 PatG bzw. Art. 53 b) EPÜ - Begriffsklärung -- 1 Tierrassen -- 2 Im
 Wesentlichen biologische Verfahren zur Züchtung von Tieren -- 3
 Erfindungen, deren Gegenstand Tiere sind, 2a Abs. 2 Nr. 1 PatG -- 4
 Mikrobiologische Verfahren, 2a Abs. 2 Nr. 2 PatG bzw. Art. 53 b) 2. Hs.
 EPÜ -- IV Die aktuelle Praxis des Europäischen Patentamts zur
 Patentierung von Tieren -- 1 Auslegung des Art. 53 b) EPÜ durch das
 Europäische Patentamt -- 2 Aktuelle Patentanmeldungen und -
 erteilungen auf biologische Erfindungen beim Europäischen Patentamt
 -- 3 Würdigung -- Kapitel 4 Öffentliche Ordnung und gute Sitten als
 Grenzen der Patentierbarkeit biologischer Erfindungen -- I
 Rechtsgrundlagen -- 1 Das Europäische Patentübereinkommen (EPÜ) --
 2 Art. 27 Abs. 2 TRIPS - Abkommen (Übereinkommen über
 handelsbezogene Aspekte der Rechte am geistigen Eigentum) -- 3 Art.
 6 Biotechnologierichtlinie -- 4 Die nationalen Patentgesetze -- 5
 Verhältnis der Rechtsgrundlagen zueinander -- II Maßgebender
 Zeitpunkt für die Beurteilung eines Verstoßes -- III Gegenstand der
 Prüfung -- Kapitel 5 Allgemeine Auslegung der Begriffe der
 öffentlichen Ordnung und der guten Sitten -- I Art. 53 a) EPÜ -
 Öffentliche Ordnung und gute Sitten als europäisch einheitliche
 Begriffe? -- 1 Fragestellungen -- 2 Meinungsstand -- 3 Auslegung --
 4 Würdigung -- II Konkretisierung des Begriffsinhalts durch Auslegung
 -- 1 Wortlaut -- 2 Historische Auslegung -- 3 Systematische
 Auslegung -- 4 Teleologische Auslegung -- 5 Auslegung durch das
 Europäische Patentamt -- 6 Zusammenfassung/ Würdigung -- Kapitel
 6 Konkrete europäische Begriffsbestimmung bzgl. biologischer
 Erfindungen -- I Bestimmungen der Biopatentrichtlinie als
 Begriffskonkretisierung.
 1 Allgemeine Zielsetzung der Richtlinie 98/44/EG -- 2 Relevante
 Bestimmungen im Bereich biologischer Erfindungen -- 3 Auslegung des
 Art. 6 Abs. 2 Biotechnologierichtlinie -- 4 Würdigung -- II Analyse
 nationaler Rechts- und Sittenordnungen im Hinblick auf biologische
 Erfindungen -- 1 Notwendigkeit der Orientierung an nationalen
 Rechts- und Sittenordnungen -- 2 Deutschland, 2 PatG -- 3
 Frankreich: Article L. 611-17 Code de la propriété intellectuelle (CPI) --
 4 Großbritannien -- III Art. 53 a) EPÜ als Einfallstor für übergeordnete
 rechtliche und ethische Normen in das Patentsystem -- 1 Das
 Cartagena Protokoll über die biologische Sicherheit -- 2 Europäisches
 Übereinkommen über den Schutz von Tieren in landwirtschaftlichen
 Tierhaltungen -- 3 Europäisches Übereinkommen zum Schutz der für
 Experimente oder andere wissenschaftliche Zwecke verwendeten
 Wirbeltiere -- IV Zusammenfassung -- Schlussbetrachtung -- I
 Zusammenfassung -- II Vorschlag für eine konkrete Regelung.

Patentierung von Tieren widerspricht nicht grundsätzlich den geltenden Patentgesetzen. Ein Patentierungsausschluss von Erfindungen an Tieren ist aber in Art. 53 a) EPÜ für solche Erfindungen festgelegt, die gegen die öffentliche Ordnung oder gegen die guten Sitten verstoßen. Was genau unter diesen Begriffen zu verstehen ist, wird aus der Vorschrift selbst heraus nicht deutlich. Das Buch leistet einen Beitrag zur Konkretisierung dieser Generalklausel, indem sie im Hinblick auf Patente auf Tiere ausgelegt und mit konkret anwendbaren Regeln ausgefüllt wird. Dafür werden aus dem Gemisch von geschriebenen und ungeschriebenen Regeln in der Gesellschaft diejenigen grundlegenden Prinzipien identifiziert, die für die Patentierung von Lebewesen relevant und hinreichend bedeutend sind, um Teil der öffentlichen Ordnung und guten Sitten zu sein. Beispielhaft erfolgt die Untersuchung für Deutschland, Frankreich und Großbritannien. Die rechtsvergleichende Bildung europäisch einheitlicher Begriffe ist gerade im Hinblick auf die Einführung des europäischen Einheitspatents von essentieller Bedeutung. Die Ergebnisse der Untersuchung werden in einem konkreten Vorschlag für eine Ergänzung des Art. 53 a) EPÜ zusammengefasst.
